



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI und ab Februar 2010 Helmut Schmidt Fellow an der Transatlantic Academy in Washington DC

GRIECHENLANDKRISE

Geldschwemme gegen den Euro-Crash

Was ist von jemandem zu halten, der dem Ertrinkenden sagt: „Lerne erst schwimmen, bevor ich dich rette“? Nichts! Genau so zynisch agieren derzeit allerdings Politiker in Europa. Wie ein Ertrinkender wird Griechenland in diesen Tagen vom Strudel einer Schuldenspirale in den Abgrund gerissen. Und wie reagieren die EU-Regierungen? Sie schwanken zwischen Hilflosigkeit und Aktionismus in Form von Strafzahlungen gegen den mittellos dastehenden Defizitsünder.

Das rächt sich auf den Devisenmärkten. Der Wert des Euro ist unter Druck geraten. Und nicht nur Griechenland, auch andere Euroländer stehen vor der Zahlungsunfähigkeit. Drohende Staatspleiten einzelner stellen die übrigen Euroländer vor ein Dilemma. Helfen sie Griechenland, werden sie einen Spekulationswettlauf anstoßen. Wie Dominoesteine müssen dann andere überschuldete Krisenstaaten gerettet werden. Das wird alle Euroländer – also auch die vergleichsweise stabilitätsorientierten wie Deutschland – viel Geld kosten. Ihre ohnehin schon aus dem Ruder gelaufenen Staatshaushalte werden zusätzlich belastet.

Das wiederum dürfte bei den eigenen Wählern nicht gut ankommen: Wieso sollen inländische Steuergelder dazu verwendet werden, im fernen europäischen Ausland selbstverursachte Haushaltslöcher zu stopfen und die Schulden anderer abzustottern? Wieso dient „unser“ Geld nicht dazu, Bildung für die eigenen Kinder zu finanzieren? Derart kritische Fragen, oft am Rande eines billigen Populismus und gerade deshalb so mächtig, werden die Euro-Zone vor eine Zerreißprobe stellen.

Andererseits: Lassen die übrigen Euroländer Griechenland mit seinen Schulden alleine stehen, werden sich die Ungleichgewichte zwischen dem Kern und der Peripherie in Europa verschärfen. Alle Hoffnung auf eine wirtschaftliche Annäherung – zentral für das langfristige Gelingen des europäischen Integrationsprozesses – müssten dann begraben werden. Das Risiko einer Geldanlage in den schwächelnden Staaten würde steigen – und damit die Zinskosten, auch für private Investitionen.

Die Folgen: Das Wachstum in den Schuldenstaaten bleibt aus, die Arbeitslosigkeit steigt, die öffentliche Infrastruktur wird marode, die Wirtschaft insgesamt verliert weiter an Fahrt. Löcher in den Straßen, Eisenbahnen im Schrittempo, kaputte Versorgungsnetze und ein Zerfall der Bausubstanz werden alltäglich. Eine Erinnerung an die DDR Ende der achtziger Jahre mag genügen, um das Elend eines insolventen Staates zu veranschaulichen.

Welche weiteren Rettungsmöglichkeiten bleiben? Ein Big-Bang wäre zumindest hypothetisch vorstellbar. Man könnte ein Auseinanderbrechen des Euro-Raumes provozieren. Das würde jedoch keine Probleme lösen, sondern nur zusätzliche schaffen. Tritt ein schwacher Staat aus der Euro-Zone aus, wird niemand die neue nationale Währung dieses Landes haben wollen. Die öffentlichen Haushalte könnten sich also nur refinanzieren, indem sie Anlegern hohe Risikoprämien zahlen. Das würde die Schuldenspirale erst recht antreiben. Ein tiefer Außenwert, der Importe enorm verteuert, wäre die Folge. In der Summe

stünde die Volkswirtschaft vor einem unaufhaltsamen Niedergang.

Das können auch die starken Euroländer nicht wollen. Denn selbst wenn ein Land den Euro-Raum verlässt: EU-Mitglied bleibt es in jedem Fall. Daher würde der ökonomische Zerfall eines europäischen Staates wie Griechenland alle anderen mitreißen, er würde zu Massenwanderung, sozialen und politischen Spannungen führen.

Dies ist auch der Grund, warum einem starken Euroland ein Austritt aus der Währungsunion ebenfalls nicht wirklich hilft. Über die EU-Verträge bleibt es mit den schwachen Euroländern aufs Engste verbunden, ein isoliertes Überleben in Stärke wäre europapolitisch nicht vorstellbar. Zudem dürfen auch die Kosten der Wiedereinführung einer starken Währung nicht unterschätzt werden. Die Informations-, Transformations- und Transaktionskosten wären gigantisch. Deshalb ist das Szenario eines Euro-Austritts völlig unwahrscheinlich.

Also bleibt nur eine letzte Hoffnung: Sie lautet Inflation. Über eine moderate, schleichende Inflation ließe sich die Last öffentlicher Haushaltsdefizite langsam mindern. Hohe Inflationsraten verringern die reale Belastung nominaler Schulden. Sie sind deshalb politisch die einfachste Option, Staatsschulden auf die kalte Art zu beseitigen. Wie eine indirekte Steuer - beispielsweise die Mehrwertsteuer - verringert die Inflation die reale Kaufkraft der Massen. Allerdings mit einem gewaltigen Unterschied: Es braucht dafür keine parlamentarische Zustimmung.

Nimmt man das alles zusammen, so zeigt sich, dass es für Europa wohl nur einen realisierbaren Plan gibt: Die Europäische Zentralbank (EZB) hat wohl einen Kompromiss zu finden, der mehr Inflation in Kauf nimmt. Sie wird noch bei einer Politik des billigen Geldes und der tiefen Zinsen bleiben (müssen), selbst wenn die wirtschaftliche Entwicklung bereits wieder an Fahrt gewinnt und eigentlich eine Zinsanhebung vonnöten wäre.

Höhere Inflationsraten sind dann die Kosten, die ein wirtschaftlich starkes Euro-land wie Deutschland zu zahlen hat, um ein Auseinanderbrechen der Europäischen Währungsunion zu verhindern – was letztlich noch teurer käme.

Dies ist auch für den Wechselkurs des Euro bedeutsam. Denn tiefe Zinsen und steigende Inflationsraten werden dazu führen, dass der Außenwert des Euro gegenüber dem Dollar noch stärker unter Druck gerät. Darüber mögen sich die europäischen Exporteure freuen – je billiger der Euro, desto günstiger können sie ihre Produkte weltweit anbieten. Genau andersherum ist es jedoch beim Import: Die Kaufkraft der Europäer im Ausland sinkt, der Erwerb von Gütern auf den Weltmärkten wird teurer, ebenso wie Urlaub außerhalb Europas. Vor allem aber trifft es die Sparer. Für die Geldanlage bedeutet ein schwacher Euro nichts Gutes.

Dieser Beitrag ist am 1. Februar 2010 auf Spiegel Online (www.spiegel.de) erschienen.